

Je stärker DIE LINKE desto sozialer das Land!

Landesparteitag 23./24. Januar 2010 in Stuttgart (23.01.2010 Thomas Mitsch)

Mit einem Gruß, Bernhard Strasdeit's, Landessprecher der Partei DIE LINKE, in die Türkei und den dort kämpfenden Mitarbeiter/innen des Tabakkonzerns TEKEL, begann der 3. Parteitag der Linken im DGB-Haus in Stuttgart. Von dem bisher staatseigenen Tabakkonzern TEKEL in Ankara erlebe man z. T. eine breite Streik- und soziale Solidaritätsbewegung. Durch den unerwarteten Verkauf an British American Tobacco streiken und protestieren 12.000 Beschäftigte gegen die Privatisierung in deren Folge 40 Produktionsstätten geschlossen werden sollen. Die Beschäftigten sollen bis Monatsende in andere Betriebe transferiert werden, bei denen ein Verlust von tariflichen, sozialen Rechten und prekäre Beschäftigung drohe.

Praktisch als Hausherrin begrüßte Strasdeit die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Marion von Wartenberg, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag Gesine Löttsch sowie Jean Charles Vescovo von der französischen Partei de Gauche und eröffnete die dritte Tagung des zweiten Landesparteitages. Die Linke wolle da anknüpfen, wo die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stattfinden, bei den Löchern in den kommunalen Haushalten, beim Kampf um den Erhalt industrieller Arbeitsplätze, beim ökologischen, sozialen, zivilen und demokratischen Umbau der modernen Industriestrukturen. Gestern, so Strasdeit weiter, habe es die Meldung gegeben, dass die Landesregierung in Schulen keine Krankheitsvertretungen mehr zulässt, das wäre in vielen Schulen nichts Neues, aber es ist nie offen gesagt worden. So eine Provokation gegenüber Schülern, Lehrern und Eltern dürfe DIE LINKE nicht durchgehen lassen.

Landessprecher Bernd Riexinger begann mit einem Rückblick auf die gerade mal 4 Monate zurückliegende Bundestagswahl in der sich DIE LINKE mit einem hervorragenden Ergebnis von 12% als 5. Gesamtdeutsche Partei etabliert hatte und mit einem Spitzenergebnis von 7% die baden-württembergische Bundestagsmandate verdoppeln konnte. In Verbindung mit dem Einzug in die Kommunalparlamente sei DIE LINKE eine ernst zu nehmende Kraft geworden.

Es werde höchste Zeit, so Riexinger, dass dieser selbstgerechten, vielfach untätigen und häufig hilflosen, fast immer konturlosen schwarz-gelben Landesregierung, die meint das Recht zum Regieren auf Lebzeiten gepachtet zu haben eine linke Opposition im Landtag gegenübersteht, die diesen Namen auch verdient. In das gelb-schwarz-rosa und blass grüne politische Farbgemisch gehöre endlich ein knallroter Kontrast, damit über echte politische Alternativen gestritten wird und nicht über Nuancen der immer gleichen Politiksaucen. Für eine wirkliche Opposition im Land, für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, für eine Politik, die es den Regierenden nichts so einfach mache, meint Riexinger, die die Kritik an den sozialen Verhältnissen auf den Punkt bringt, die denen eine Sprache gibt, deren Interessen längst nicht mehr von den anderen Parteien vertreten werden und die sich nicht durch Posten korrumpieren lässt, dafür braucht es eine starke Linke in Baden-Württemberg. Denn auch hier gelte: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land. Um soziale und politische Verhältnisse zu ändern gebe es genügend Anlässe und Gründe.

So geschah es in Baden-Württemberg, dass eine Beschäftigte in einem Altersheim mehrere übrig gebliebene Maultaschen mitgenommen hat und dafür die fristlose Kündigung erhielt. Die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichtes, Ingrid Schmidt, habe kurz vor Silvester die Gerichtsentscheidungen bei Bagatellkündigungen verteidigt. "Seit Jahrzehnten sage die Rechtssprechung: Diebstahl und Unterschlagung sind ein Kündigungsgrund. Es gibt in dem Sinne keine Bagatellen", sagte sie der Süddeutschen Zeitung. Ein Arbeitgeber dürfe auch bei Kleinigkeiten die Vertrauensfrage stellen. Riexinger weiter, solange ein Manager ein Unternehmen in hohe Millionenschulden stürzt und dafür mit hohen Abfindungen belohnt wird, solange Banker Milliarden Boni für ruinöse Spekulationsgeschäfte erhalten, solange Steuerbetrug in Millionen, ja Milliardenhöhe regelmäßig mit Freispruch endet, solange ein Hotelkettenbesitzer einer Partei eine Million spenden kann und dafür die Mehrwertsteuer halbiert bekommt, aber jemand wegen zweier Pfandbons von 1.30 Euro auf Verdacht gekündigt werden kann oder wegen zweier übrig gebliebener Maultaschen fristlos entlassen wird, solange leben wir nicht in einem sozialen Rechtsstaat. Das mit den Brötchen und Maultaschen hätte keinem unserer Manager passieren können.

Keiner von ihnen käme auf den Gedanken für die Arbeitessen in Gourmetrestaurants, bei privaten Nutzung des S-Klassen Mercedes mit Chauffeur oder beim Stadionbesuch mit VIP-Lounge auch nur jemals einen Cent aus eigener Tasche bezahlen zu lassen, von den Firmen, die ihnen ohnehin fürstliche Gehälter bezahlen, von den Beschäftigten, wenn sie ihre Arbeitsplätze verlieren oder von der Gesellschaft, wenn sie den Karren wieder mal an die Wand gefahren haben.

Mit dem unteren Drittel der Gesellschaft werde dabei weitaus weniger fein umgegangen. Was derzeit auch im Musterland Baden-Württemberg an Übergriffen, Rechtsverletzungen und respektlosen Umgang mit Beschäftigten und Erwerbslosen erlebt wird ist unfassbar. Diese Entwicklung habe sehr viel mit der Agenda 2010 und den unsäglichen Hartz Gesetzen zu tun. Deshalb rufe DIE LINKE die SPD in Baden-Württemberg auf: Distanziert euch endlich von der Sozialbaupolitik der Agenda 2010. Dann ist der Weg frei für eine glaubwürdige Oppositionspolitik, gegen die Politik von schwarz/gelb im Land und im Bund.

Die Bilanz der Wohlfahrtsverbände über Hartz IV ist vernichtend. Noch schlimmer die Aussage des designierten Ministerpräsidenten Stefan Mappus der wörtlich sagte: „Wenn man sich die großen Blöcke des Bundeshaushaltes anschaut, kommt man an Hartz IV mit einem Umfang von 40 Mrd. Euro nicht vorbei.“ Und weiter: „Wenn wir aus den Sozialhaushalten nicht in erheblichen Umfang einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bringen können, dann werden wir es nicht schaffen. Das gelte nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den großen Städten“. Wie zynisch und sozialdarwinistisch muss man sein, bei den Ärmsten der Gesellschaft weiter einzusparen, während man keinerlei Probleme hat Erben und Hoteliers Milliarden hinterher zu werfen oder wie beim Großprojekt Stuttgart 21, Milliarden sinnlos in der Erde zu vergraben. Von Mappus habe die Erwerbslosen nichts zu erwarten. ER gehöre zu der Sorte stramm konservativer Männer, die auch niedrige Instinkte wecken können, wenn es darum gehe nicht Armut sondern die Armen, nicht die Arbeitslosigkeit sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen. DIE LINKE, Riexinger weiter, hat genau das umgekehrte Ziel: Wir bekämpfen die Armut und nicht die Armen, die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen. Riexinger erhielt stehenden Applaus von den 176 anwesenden Delegierten darunter 65 Frauen und 10 Delegierte der Jugendorganisation solid.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gesine Löttsch bezog sich auf den Erfolg der Fusion von WASG und PDS zur neuen Partei DIE LINKE. Als Oppositionspartei habe DIE LINKE die Regierung vor sich her getrieben und andere Parteien hätten sogar Linke Positionen übernommen. Die SPD wolle raus aus Afghanistan, Rüttgers will Hartz IV verändern und die CSU will das Casino schließen. Sie appellierte der Partei Zeit zu geben um zusammen zu wachsen, der Gegner wäre schwarz/gelb. Die Mövenpick Spende habe, so Löttsch, gezeigt, dass Politik in unserem Land nicht mehr gewählt sondern bestellt wird. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind nicht mehr durchsetzungsfähig indem man die Axt an die Wurzel der Demokratie legt.

Die folgende Generaldebatte wurde diszipliniert durchgeführt mit eine Unterbrechung mit der Meldung das Oskar Lafontaine auf einer Pressekonferenz mitgeteilt habe, er stehe nicht mehr für den Parteivorsitz zur Verfügung, gebe sein Bundestagsmandat ab, aber behalte den saarländischen Fraktionsvorsitz. Die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel dankte in einer spontanen Rede Lafontaine`s Einsatz, ohne die es DIE LINKE in der jetzigen Form und die Wahlerfolge im Westen nicht gegeben hätte. Oskar Lafontaine`s Würdigung wurde mit minutenlangem Applaus honoriert. Der Parteitag wird am Sonntag weitergeführt u.a. mit den Themen Delegierte für den Bundesparteitag und Bundesausschuss.